

Bezugspreis
in der Geschäftsstelle 7000.—
in den Ausgabestellen 7100.—
durch Zeitungsboten 7200.—
am Postamt 70910.—
Postgebühren besonders
ins Ausland 80000 poln. M. in
deutscher Währung nach Kurs.

Fernsprecher
2273, 3110.

Zel.-Nr.: Tageblatt Posen.

Postcheckkonto für Polen: Nr. 200283 in Posen.

Postcheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Er scheint
an allen Werktagen

Anzeigenpreis:
f. d. Millimeterzeile in
Anzeigenteil innerhalb
Polens... 1500.— M.
Reklameteil 4000.— M.

Für Aufträge
aus Deutschland
Millimeterzeile im Anzeigenteil 1500.— p. M.
Reklameteil 4000.— p. M.
in deutscher Währung nach Kurs.

Nach den Haager Schiedssprüchen.

Die polnische Presse fährt fort, sich lebhaft mit den beiden Gutachten des Haager Schiedsgerichts (Anfiedler und Staatsbürgerrecht) auseinanderzusetzen. Die nationalistische Presse tobt und heßt gegen Haag und Genf. So schreibt beispielsweise der „Dziennik Półn.“ in seiner Donnerstagsausgabe (Nr. 214) unter der Überschrift: „Was weiter?“: Die Stimmung uns gegenüber ist nicht günstig. Die offiziellen (?) Organe der deutschen nationalen Minderheit, „Deutsche Rundschau“ und „Posener Tageblatt“ veröffentlichten vor einigen Tagen Auszüge aus dem Gutachten über die Anfiedler und gaben auch die Begründung dieses Gutachtens wieder. Dort ist unter anderem in einer Kritik unseres Sejmgesetzes vom 14. Juli 1920 folgende bezeichnende Stelle zu lesen: „Es sei der Zweck des polnischen Gesetzes, das zu zerstören, was durch die preussische Ansiedlung geschaffen worden sei, und die den Anfiedlern auferlegte Verpflichtung zur Aufgabe ihrer Grundstücke führe insofern zu einer Entdeutschung. Gerade eine Entdeutschung aber solle verhindert werden. Es sei der Zweck des Minderheitenschutzvertrages, die im Augenblicke des Abschlusses des Vertrages erreichte Lage zu schützen und die Minderheiten von heute unter den unparteiischen Schutz des Völkerbundes zu stellen.“

Also: eine Entdeutschung sollte verhindert werden! Alle historischen und politischen Argumente, auf die sich die Vertreter Polens beriefen, wurden vom Schiedsgericht übergegangen. Mehr noch: Das Schiedsgericht erklärt die Germanisierung des Landes für erwünscht, da es ja die Entdeutschung verhindern will. Durch ein solches Gutachten regiert er nicht nur das angeborene Recht der Nation, das Unrecht zu beseitigen, sondern auch die deutschen Absichten des Verfallers Vertrages, der den polnischen Staat wieder aufrichtend, mehrfach unser Recht auf Rehabilitation betont. Der Gerichtshof will diese Intentionen nicht anerkennen; er übergeht sie und erkennt dagegen, indem er scheinbar die Angelegenheit rein formell und angeblich humanitär behandelt, damit das historische Staatsrecht Preußens und dessen Mission an, den Osten zu erobern. Er billigt die Folgen uralter staatlicher Rechtlosigkeit. Es unterliegt keinem Zweifel, daß unsere Delegierten und die Vertreter der polnischen Thesen nicht versäumt haben, in der Anfiedlerfrage gerade das historische-politische Moment sehr klar zu betonen und in entsprechender Weise die Tätigkeit der Ansiedlungskommission und die preussischen Politik in den polnischen Gebieten zu beleuchten. Wenn ihre Argumente die Haager Richter nicht überzeugten, dann kann man nur annehmen, daß sie mit überlegener Weisheit für die deutschen Interessen tätig waren. Im Gefühl der Pflicht, die deutsche Minderheit zu schützen, gibt der Haager Schiedsgerichtshof dem Völkerbunde fast grenzenlose Befugnisse. In dieser Richtung kann er alles umsetzen, alle Staatsgesetze und Gerichtsurteile, sogar die Artikel des Verfallers Vertrages! In einem der Motive lesen wir ja:

„Der Gerichtshof sieht keinen Ausschluß der Kompetenz des Rates darin, daß sich die Handlungen, auf die sich die Behauptung eines Vertragsbruches beziehen, aus einem Akt der Gesetzgebung, einer Rechtsverordnung oder der Verwaltung oder einer internationalen Verpflichtung ableiten. So könne es auch nichts ausmachen, wenn die Untersuchung einer Lage sich auf die Prüfung solcher Fragen des Friedensvertrages erstreckt, die sich nicht ausdrücklich auf die Minderheiten beziehen. Eine solche Einschränkung der Kompetenz würde den Minderheitenschutz völlig hypothetisch machen.“

Wenn es sich also zum Beispiel um Italien handelt, um einen internationalen Konflikt zweier Mitglieder des Völkerbundes, für die zweifellos der Völkerbund zuständig ist, dann kann man eine Ablehnung und eine Ausschaltung der Zuständigkeit dulden. Wenn es sich aber um das süßame Polen handelt, dann hat der Völkerbund das Recht, sogar in seine rechtskräftigen Gerichtsurteile einzugreifen. Besonders Ungnade fand beim Gerichtshof unser Sejmgesetz vom 14. Juli 1920. Immer wieder stoßen wir in den von den deutschen Blättern veröffentlichten Motiven auf seine Kritik. Da lesen wir zum Beispiel: „Das Gesetz vom 14. Juli 1920, wie die verschiedenen Denkschriften der polnischen Regierung weisen dem Datum des Waffenstillstandes eine ganz besondere Bedeutung bei dem Sinne zu, daß dadurch die Gültigkeit der Rentenzinsverträge berührt wird. Demgegenüber ist der Gerichtshof der Ansicht, daß dem Waffenstillstand eine solche Rolle nicht zufalle. Erst am 10. Januar 1920 sei die Souveränität auf den polnischen Staat übergegangen, und bis dahin habe die preussische Regierung das Recht, alle Akte einer normalen Verwaltung zu erfüllen.“

Nach dem Gutachten des Gerichtshofes hatte also die preussische Regierung noch in den ersten zehn Tagen des Jahres 1920, im dritten Jahre des Bestehens des polnischen Staates, als dieser in ganzer Ausdehnung seine Funktionen ausübte, das Recht, alle Akte einer normalen Verwaltung zu erfüllen. Nicht einmal der berühmte Kaffeehändler kam in seinen künftigen Träumen so weit wie der „unparteiische“ Gerichtshof im Haag. In solchem Geist und in solcher Intention wurde dort jenes Gutachten über die „nicht enteigneten“ Anfiedler und das Bürgerrecht gefällt.

Das Gutachten des Gerichtshofes, der höchsten Gutachteninstanz, geht jetzt zum Völkerbundsrat. Wie es sicher kommen wird, darüber können keine Zweifel bestehen.

In der polnischen Gesellschaft, zum Teil auch schon in der Presse regen sich weitreichende Pläne bezüglich der Änderung des Verhältnisses zum Völkerbund. Sie sind sogar so radikal, daß man häufig von einem Austritt aus den Reihen seiner Mitglieder hört. Doch sind wir nicht geneigt, schon jetzt einen solchen Plan aufzustellen. Die Zugehörigkeit zum Völkerbund kann uns bestimmte Vorteile bringen, wenn wir die bisherige Politik unbedingter Loyalität, chronischer Nachgiebigkeit und, was das Wichtigste ist, der Normierung unserer inneren häuslichen Angelegenheiten und Sorgen nach den Entscheidungen des Völkerbundes grundsätzlich ändern. Scheiden wir Theorie von Praxis und Form von Inhalt. Laßt uns Theorie und Form weiter in Genf betreiben. Eröfnet uns aber über die jetzt im Völkerbund herrschenden Tendenzen klar, dann brauchen wir, durch schlimme Erfahrungen belehrt und der tatsächlichen Kräfte des Appells bewußt, bei uns im Hause uns nicht an seine Entscheidungen, Gutachten und Meinungen zu klammern. Das Interesse der Nation und des Staates heißt uns folgerichtig den eigenen Weg gehen und uns selbst die Zukunft bauen. Das Interesse des Staates und der Nation verlangt die Revidierung der Rechte Polens, die Verwischung der Spuren jahrhundertelanger Germanisierung und

Fiume italienisch.

D'Annunzio hat einst nicht vergebens in Fiume gekämpft, geredet und regiert. Mussolini hat jetzt mit kühnem Griff die Stadt annektiert und so, wie sich ein italienisches Blatt naiv ausdrückt, „alle Mißverständnisse über Fiume auf direktem Wege aus der Welt geschafft“. Etwas anderes war auch nicht zu erwarten. Dieser Erfolg wird offenbar die Stellung Mussolinis weiter befestigen.

Eintreffen des italienischen Gouverneurs.

Der neu ernannte Gouverneur von Fiume, General Giardino, ist in Fiume eingetroffen und begeistert empfangen worden. Der zurückgetretene Vizepräsident der verfassunggebenden Versammlung, Depoli, empfing ihn im Regierungspalast und übergab ihm die Regierung. Vor seiner Abreise aus Rom hatte der General eine längere Besprechung mit Mussolini.

In Pariser politischen Kreisen glaubt man, daß der letzte italienische Plan seit Monaten vorbereitet war. Vielfach fragt man sich in Paris, was Mussolini mit der Annexion Fiumes bezwecke, wenn er gleichzeitig dem Völkerbund die Verträge von Rapallo und Santa Margareta zur Begutachtung einreiche. Jedenfalls wächst die Besorgnis wegen der Vorgänge auf dem Balkan ständig, und man bleibt auf Überraschungen gefaßt.

Italienische Truppen schützen Fiume.

Aus Rom wird gemeldet, daß in der Gegend von Fiume vier Divisionen und bedeutende Gaskisten-Abteilungen konzentriert worden sind. In den ausländischen politischen Kreisen sollen die italienischen kriegerischen Operationen eine Sensation hervorgerufen haben. Es besteht die Befürchtung, daß Mussolini Fiume vor dem Auftreten des Völkerbundes in dieser Frage sichern will.

Wer hat das Graudenz Theater in Brand gesteckt?

fragt die „Gazeta Wydzgostka“ in ihrer Nr. 213, und nach ihr fragt ebenso der „Kurjer Poznański“, der zur Beantwortung dieser Frage eine Graudenz Korrespondenz der „Gaz. Wydzgostka“ abdruckt (dieser die Verantwortung überläßt). Folgende furchtbare Geschichte ist dort zu lesen: „Eine terroristische Bande von Deutschlumsbündlern drang um 1 Uhr nachts in das Theatergebäude ein und warf dort einige Bomben, von denen zwei nacheinander explodierten. Die Feuerwehr traf das Feuer voll entfesselt an, so daß die Rettungssaktion außerordentlich erschwert war. Trotzdem arbeiteten die Feuerwehrleute mit Selbstopferung an der Rettung der Kunststätte. Einer der Feuerwehrleute fiel vom Dach und erlitt schwere Verletzungen. Der Besitzer des Theaterrestaurants und dessen Personal, das im Theatergebäude wohnte, erzählen, daß sie gleich nach der Explosion im Dunkel der Nacht drei flüchtende Männer gesehen hätten. Unter den Artisten und dem Theaterpersonal herrschte große Niedergeschlagenheit. Alle sind der Meinung, daß der Anschlag seit langem in Vorbereitung war. Die Gaskisten nutzten die grenzenlose Toleranz der Stadtbehörden aus und arbeiten an der Vorbereitung einer Terroraktion gegen die polnischen Kultur- und Wirtschaftskräfte. Infolge der Nachlässigkeit der Kommunal- und Polizeibehörden treiben sich in der Stadt viele verdächtige Individuen herum, die aus Deutschland und Danzig gekommen sind. Die Deutschen besitzen ihr eigenes Gemeinde-theater, das der Magistrat nicht in Besitz nehmen will, um sich nicht den deutschen Stadtverordneten „auszuweisen“. Der durch das Feuer angerichtete Schaden geht in die Milliarden. Graudenz, eine Stadt mit großer polnischer Mehrheit, wird lange Zeit kein eigenes polnisches Theater haben, während sich die Deutschen im Gemeindehaus weiter breit machen und über unser Mißgeschick hässlich lachen werden.“ (Über das Mißgeschick nicht. Aber über diesen Bericht. Und das mit Recht. Schriftl. des „Pos. Tagebl.“)

Der Völkerbund in Deutschland zum Ueberfall auf das deutsche Theater in Königsbütte.

Der „Gornostajski“ veröffentlicht in seiner Nr. 211 eine Pressemitteilung des Bundes der Polen in Deutschland, in der auch der Ueberfall auf das deutsche Theater erörtert wird. Der Bund schreibt dazu: „Sofern

den Schutz unserer Bürger und unserer staatlichen Unabhängigkeit vor unerwünschten Eindringlingen. Deshalb schämen wir die Gesetze des polnischen Sejm und die Urteile der polnischen Gerichte hundertmal höher als alle „Gutachten“, die in den Gehirnen internationaler Juristen herauskaskuliert werden. Das polnische Staatsrecht weist uns den einen Weg: das Unrecht. Wir können im Völkerbunde figurieren, natürlich, — wir können raten, perorieren und disputieren, dabei aber bei uns im Hause tun, was wir für Recht halten.“

Zu ähnlichen Schlüssen wie der „Dziennik Półn.“ kommt in einer Besprechung des letzten Gutachtens des Haager Schiedsgerichtshofes der „Kurjer Warszawski“.

Er meint, daß die Interpretation des Gutachtens von Seiten des Gerichtshofes den Grundsatz verfolge, Polen eine Entdeutschung der Westmarken nicht zu gestatten. Daraus ginge hervor, daß der oberste Weltgerichtshof die preussische Politik der Extermination der Polen und ihrer uralten Siedlungsgebiete sanktioniere.

Die Verfasser aller derartigen Auslassungen übersehen die Hauptsache (oder tun so), nämlich: daß es sich hier um juristische Entscheidungen handelt, also um eine Beantwortung der Frage, was nach dem Wortlaut und dem Sinn des Minderheitenschutzvertrages, der doch eben ein Minderheitenschutzgesetz ist, zulässig ist. Die vom „Dziennik Półn.“ geforderte Berücksichtigung des „historischen“ und „politischen“ Moments dürfte gar nicht in Frage kommen, und gerade daß das Haager Schiedsgericht sich durch solche „historischen“ und „politischen“ Erwägungen nicht beirren ließ, beweist seine richterliche Unparteilichkeit. Es handelt sich um den rechtlichen Schutz der Deutschen,

Jugoslawien rechnet nicht auf französische Unterstützung.

Nach Mailänder Blättermeldungen rechnet man auf südslawischer Seite nicht allzu sehr auf eine französische Unterstützung bei der Auseinandersetzung mit Italien über Fiume. Paßitsch habe vor der Entscheidung nochmals in Paris angefragt, wie weit die Unterstützung Frankreichs im Falle einer Verschärfung der südslawisch-italienischen Beziehungen ginge. Um die Lage nicht unnötig zu verschärfen, sollen die in der Umgebung Fiumes stehenden südslawischen Truppen vermindert worden sein. Die Nachricht wird als eine indirekte Bestätigung der Absicht Belgrads aufgefaßt, die Entscheidung des Völkerbundes anzuerkennen. Mussolinie hatte am Montag eine Unterhaltung mit dem südslawischen Gesandten in Rom.

Nach französischem Muster.

Anlässlich eines Artikels des „Temps“, der von „italienischen Intrigen“ im Zusammenhang mit der Fiume-Frage gesprochen hatte, stellt sich der „Messaggero“ gegen sein geliebtes Frankreich aufs äußerste entrüstet und fordert die Franzosen auf, in dieser Frage aufrichtig Stellung zu nehmen. Ob sie etwa mit Südslawien zusammen gegen Italien vorgehen wollten? Die Franzosen dürften Italien nicht die kleine Fiume-Episode vorrechnen, während französische Truppen die reichsten deutschen Provinzen besetzt halten und dadurch eine Störung der Wirtschaftsinteressen Europas hervorrufen, die mit dem Fiume-Problem gar nicht zu vergleichen sei. Die Stunde sei heiß und Frankreich könnte Italien gegenüber wenigstens soviel Zurückhaltung bewahren, wie Italien der selbständigen Politik Frankreichs gegenüber gezeigt habe.

tatsächlich gewisse Übergriffe gegen die nationalen Minderheiten verübt worden sind, sollten die deutschen Faktoren nicht zu dem bequemsten Mittel der Vergeltung greifen, sondern entsprechende Schritte bei den Völkerverbänden unternehmen. Darin wird sie jeder achtbare Pole unterstützen, denn wir wissen ja aus Erfahrung, daß diejenigen Leute, welche im Stolz bzw. Messerschwingen Ausrufungen des Patriotismus erliden, ohne Ausnahme niederträchtige Menschen sind, welche nichts gemein haben mit dem Volke, zu dem sie sich zu zählen erlauben.“

Gegen die deutschen Domherren.

Der „Przeglad Poranny“ meldet: „Die Kreisvorstände des Westmarkenverbandes berufen in den nächsten Tagen Manifestationsversammlungen in der Angelegenheit der Entfernung der deutschen Domherren aus dem Gnesener, dem Posener und dem Kulmer Kapitel ein. Das betreffende Rundschreiben ist am 11. September an alle Vorstände abgegangen, zwei Tage darauf das Versammlungsmaterial mit der Resolution. Mit Rücksicht auf die Reise des Kardinals Dr. Dalbor nach Rom müssen alle Manifestationsversammlungen vor dem 23. September stattfinden.“

Eine Erklärung des Generals Sikorski.

Der frühere Ministerpräsident General Sikorski über sandte der Redaktion des „Piast“ ein Schreiben, worin er die irrtümlichen Angaben über seinen Ankauf des Gutes Parganie im Kreise Szwobolow berichtigt. General Sikorski erklärt, er habe sich um die Beschaffung nicht als Ministerpräsident, sondern als Armeeangehöriger, der mit dem Kreuz „Virtuti militari“ und wiederholt in anderer Weise ausgezeichnet wurde, beworben. Weiter erklärt General Sikorski, er habe sich um den Erwerb eines Besitztums in dem früheren preussischen Teilgebiet schon im Jahre 1919 beworben, und im Jahre 1921 habe er die Mitteilung erhalten, daß ihm Parganie verkauft werden würde, aber daß die Übergabe erst am 1. April 1922 erfolgen könne, und zwar nach erfolgter Parzellierung. Die Übernahme des Besitztums und die Abschätzung des Inventars erfolgte erst nach dem Austritt Sikorskis von der Stellung des Ministerpräsidenten.

die am 10. Januar 1920 als polnische Staatsbürger im polnisch gewordenen Gebiet ansässig waren, — um nichts anderes. Das Haager Schiedsgericht war nicht „mit vollem Bewußtsein für die deutschen Interessen tätig“, sondern es tat das, was zu tun seine Pflicht war: es war mit vollem Bewußtsein für das Recht tätig. Der Satz des „Dziennik“. „Das Schiedsgericht erklärt die Germanisierung des Landes für erwünscht, da es ja die Entdeutschung verhindern will“ ist der Gipfel einer logischen Naivetät oder einer naiven Unlogik. Über die Erwünschtheit oder Nichterwünschtheit einer „Germanisierung“ des Landes hatte man im Haag gar nicht zu entscheiden. Zu entscheiden war nur: Was ist nach dem Minderheitenschutzvertrag das Recht der jetzt vorhandenen polnischen Staatsbürger deutscher Nationalität? Und in der Erkenntnis dieses Rechtes erklärt das Haager Gutachten, daß die Entdeutschung verhindert werden sollte.

Gegenüber dem Völkerbund wollen „Dziennik Półn.“ und die ihm ähnlichen Blätter Theorie und Praxis von einander scheiden. Sie wollen im Völkerbunde „raten, perorieren und diskutieren“, zu Hause aber tun, was sie für Recht halten. Also: der Völkerbund als amüsante (oder nicht einmal amüsante), aber sachlich zweckloser Zeitvertreib. Es wäre wertvoll festzustellen, was England und besonders Lord Cecil zu einer solchen Stellung Polens gegenüber dem Völkerbund sagen würden. Das dürfte unter Umständen nicht ganz gleichgültig sein.

Republik Polen.

Der Staatspräsident

Am Mittwoch den polnischen Gesandten in Stockholm, Zygmunt Michalowski.

Seipels Abreise aus Warschau.

Am Mittwoch vormittag ist Kanzler Seipel mit Außenminister Grünberger und dem Gefolge aus Warschau abgereist. Bei der Verabschiedung waren zugegen: Ministerpräsident Witos, Außenminister Seyda, Handelsminister Sydlowski, der polnische Gesandte in Wien, der Protokollchef Przewozicki, der Direktor des polnischen Departements, der Chef des Pressbüros im Präsidium des Ministerrates und andere.

Vor einem neuen Landarbeiterstreik?

Der „Przeg.“ weist darauf hin, daß Polen voraussichtlich vor einem ausgedehnten Landarbeiterstreik stehe. Die Verhandlungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer seien auf dem toten Punkt gelandet. Die von den Arbeitern geforderten Löhne haben von den Besitzern nicht bewilligt werden können. Zum Streik ist es deswegen noch nicht gekommen, weil die Delegierten der Arbeiter in einer so wichtigen Frage sich zuerst mit dem Zentralverband verständigen wollten. Eine Entscheidung ist noch nicht gefallen.

Eisenbahnwerkstättenausstände.

In den Eisenbahnwerkstätten in Perzkan und Genstochau brach am Montag infolge von Lohnhöhen ein Streik aus.

Einen neuen Wellen bolschewistischer Agitation in Polen.

Das Wehrbüro in Warschau, das für Polen arbeitet, veröffentlicht ein geheimes Rundschreiben der Sowjets an ihre Anhänger in Polen.

Das Rundschreiben ist auf einer Sitzung des Zentralkomitees der Wehrbüros in Warschau in Minsk gefaßt worden. Es fordert:

1. Eine Verstärkung und Ausbreitung der Agitation in ganz Polen. Und zwar nicht nur unter der wehrbüroistischen, sondern auch unter der polnischen Bevölkerung, vor allem soll die Agitation in das Heer hineingetragen werden.
2. Die Agitation muß in enger Fühlungnahme mit den wehrbüroistischen Agenten geführt werden. Stimmungsberichte sind sofort einzuschicken. Wo die Bevölkerung religiös ist, soll auf die Verfolgung der orthodoxen Kirche durch die Polen hingewiesen werden.
3. Personen, die Verwaltungsbehörden und antikommunistischen polnischen Parteien angehören, sollen terrorisiert werden.
4. Der Terror soll entsprechend der Minder Abmachung durchgeführt werden.
5. Die Gegenespionage muß verstärkt werden. Die militärischen Maßnahmen müssen besonders beobachtet werden.

Die Vereisung der Ostgrenze

durch den Seimausschuss für Wiederaufbau beginnt am 27. September.

Der Gesundheitszustand des Metropolitenszeptycki hat sich in den letzten Tagen so verschlechtert, daß die Zeitung seiner Diözese einem Vertreter übertragen werden muß.

Die Ruhestandsversorgung der Lehrer und Professoren.

Der Kultusminister empfing am Mittwoch eine Abordnung von Lehrern der Hochschulen und der Mittelschulen, die sich aus dem Universitätsprofessor Schobert, dem Direktor Rydler und dem Professor Kniatowski zusammensetzte. Gegenstand der Aussprache war der Entwurf für das Emeritengesetz.

Abermalige Verdoppelung der Eisenbahntarife.

Die „Rzeczpospolita“ meldet: Der Minister für Handel und Industrie hat dem Antrag des Eisenbahnministers auf Erhöhung der Eisenbahntarife am 1. Oktober zugestimmt. Es wurde eine Verdoppelung der jetzt geltenden Preise sowohl für den Personenverkehr als auch für den Güterverkehr beschlossen. Der Gütertarif soll jetzt für Güter aller Arten einheitlich gestaltet werden.

Erschießung des Räuberhauptmanns Stollorz.

Aus Plesch wird der „Rattowitzer Zeitung“ gemeldet: Zu einer Verbrecherjagd, die an Wild-West erinnert, kam es hier in der Nacht zum Mittwoch. Die Kriminalpolizei von Rattowitz und Myslowitz, die seit Sonnabend dem Rest der Stollorzbande ununterbrochen auf den Fersen war, spürte

Theater und Musik in Posen.

„Die toten Augen“ gingen am Dienstag zum ersten Male über die Bretter der Posener Oper. Die Musik ist von Eugen d'Alb. Der Text von Hans Heinz Ewers und Marc Gertr. Daß die Posener Oper sich dieses Wertes angenommen hat, macht ihr Ehre; daß sie das Werk so gebracht hat wie am ersten Abend, bezeugt ihren Ruf aufs neue. Ein kurzes Wort zuvor über das Werk.

„Die toten Augen“, eine Bühnendichtung, die im Weltkrieg von d'Alb fertiggestellt wurde, ist eine Art symbolischer Dichtung. Im Vorpiel, das auf den Höhen vor Jerusalem spielt, wird der Gedanke vom guten Hirten dargestellt, der eines einzigen Lammleins wegen, das ihm verloren ging, sich in der Nacht aufmacht, um es zu suchen. Die Geschehnisse der Bühnendichtung sind etwa folgende: Der reiche Sondergast des römischen Senats in Jerusalem, Arcadius, fand einst in Korinth unter den Dämonen ein blindes Mädchen, Myrtole, das er zu sich nahm und dann zu seiner Gattin machte. In glücklicher Liebe gehen sie ihren Lebensweg, wenn nicht eine Sehnsucht in der Frau schlief, ihren geliebten Mann zu sehen. Sie hat sich von ihm ein Idealbild höchster Art zurechtgemacht und denkt sich ihn schöner als die Götter, von denen man ihr erzählt hat. Ihr Gatte aber ist häßlich und abstoßend, mit Gebrechen behaftet. Er tröstet sie und erspricht immer, wenn er von ihren Wünschen hört, denn er weiß, daß dann mit einem Male die Liebe in Stille gehen würde. Es ist zu der Zeit, da Jesus von Nazareth lebt, und es ist gerade an dem Tage, da er unter dem Jubel der Bevölkerung am Palmsonntag in Jerusalem einzieht. Durch die Frauen am Brunnen wird die Wundermar getragen, die teils auf Gläubige, teils auf Ungläubige stößt, daß Jesus Lähme gehend, Blinde sehend gemacht und sogar die Toten wieder zum Leben erweckt habe. Diese Wundermar erfährt auch Arcinus, die Sklavin der blinden Korintherin Myrtole. Sie berichtet ihr von diesem Manne. Und Myrtole glaubt an diesen Jesus, den sie nicht kennt. Große Erregung bemächtigt sich Jerusalems, denn Jesus zieht ein. Arcinus wird von Galba, seinem Freund, einem römischen Hauptmann von jugendlicher Schönheit, zu einer Sitzung bei Pontius Pilatus abgeholt. In dieser Zeit zieht Jesus durch die Straßen, und Myrtole, von Arcinus und Maria von Magdala geführt, geht zu ihm. Myrtole wird sehend. Während Myrtole sich für ihren Gatten schämt, dessen Ankunft sie kaum erwarten kann, kehren Arcinus und Galba zurück. Arcinus hört von Arcinus, daß Myrtole das Licht der Welt sieht. Da kommt eine große Trauer über ihn, denn er weiß, daß damit sein größter Schatz verloren gehen muß. Myrtole kommt und erblickt Galba in seiner strahlenden Schönheit und ist davon überzeugt, daß ihr Gatte vor ihr steht. Arcinus hat sich verstoßen und beobachtet die beiden Menschen. Galba aber liebt Myrtole auch. Er will fort, um das Glück seines Freundes nicht zu stören. Da finkt sie ihm in dieser Stunde in die Arme, während, ihren Gatten zu umarmen. Arcinus, von Eifersucht gequält, ermöglicht Galba, und Myrtole schneidet ihm ihr Urteil entgegen: „Du Ungeheuer! Du Tier!“ Und Arcinus flieht. Erst

gestern nachts 1/2 12 Uhr Stollorz mit seinen Spießgesellen in einer Kellerröhre des Finanzamtes Plesch auf. Der Inhaber der Wohnung ist ein berühmter Vagabund und Schmuggler namens Rosmus, der Stollorz schon wiederholt Unterschlupf gewährt hatte. Als nachts die Kriminalpolizei erschien, wollte man ihr keinen Einlaß gewähren. Jedoch auf wiederholtes Drängen der Polizei öffnete die Frau Rosmus die Tür. Auf die Frage des Kriminaloberwachmeisters Galbas, ob sich in der Wohnung noch jemand aufhalte, trachten die ersten Schüsse aus dem Nebenzimmer. Galbas brach, durch zwei Schüsse schwer verletzt, zusammen. Jetzt erwiderte die Kriminalpolizei durch Fenster und Türen das Feuer. Als man unter allen erdenklichen Vorsichtsmaßnahmen den schwerverwundeten Galbas herausholte, da befand sich, daß er verblutet wurde, flog aus dem Nebenzimmer eine Handgranate. Anscheinend sollte diese durch das Fenster auf den Hof gehen, wo sich ein stärkeres Aufgebot von Kriminalbeamten befand. Die Handgranate prallte aber an dem Fensterkreuz ab und explodierte im Kellerraum, wodurch wieder mehrere Beamte leicht und schwer verletzt wurden. Es gelang aber der aufopfernden Tätigkeit der Beamten, ihren verwundeten Kollegen aus seiner gefährlichen Lage zu befreien und in das bereitstehende Auto zu bringen. Bei dieser Gelegenheit entflohen einer der Spießgesellen Stollorz im Hemde. Obwohl die Verfolgung sofort aufgenommen wurde, entkam er in der Dunkelheit. Nun schritt man zur endgültigen Aushebung des Verbrechens. Man erreichte schließlich das Innere der Wohnung und fand Stollorz durch zwei Schüsse getroffen tot am Boden liegen. Rosmus, sowie seine Frau, Tochter und Söhne wurden verhaftet. Leider sind noch zwei Verbrecher, Orzechowski und Mischkowski, bei dieser Gelegenheit entflohen. Man hofft aber, auch dieser beiden Spießgesellen habhaft zu werden.

Aus der polnischen Presse.

Herr Brejski und die Nationaldemokratie.

Im „Stowo Pomorskie“ wurde in der letzten Zeit wiederholt der Wojenode von Kommerellen, Herr Jan Brejski, angegriffen. Worauf sich zwischen dem genannten Blatt und dem „Wiarus Polski“ eine Polemik entwickelte. Der „Wiarus“ wurde seinerzeit von Herrn Brejski gegründet und viele Jahre hindurch geleitet. Auch jetzt ist Herr B. Mitbegründer dieses Blattes. Unter anderem schrieb der „Wiarus“, Herr Brejski wäre schon früher, in seiner Eigenschaft als Redakteur der „Gazeta Torunska“ und später des „Wiarus Polski“ und als Führer der Nationalen Arbeiterbewegung bei der Nationaldemokratie sehr unbeliebt gewesen, und diese Partei hätte ihn oft mit geradezu mittelalterlichem Fanatismus angegriffen. Dazu schreibt der „Kurjer Pognanski“ in seiner Nr. 213: „Die Gründung der Nationaldemokratischen Partei und des „Kurjer Pognanski“ als ihres Sprachrohrs im Jahre 1906 wurde von Herrn Brejski mit Ablehnung und Mißtrauen aufgenommen. Allmählich aber änderte sich sein Verhältnis zu der neuen Partei, und oft ging er politisch mit ihr Hand in Hand. Als klassisches Beispiel dafür führen wir folgendes an: Herr Brejski, der damals zwei Zeitungsverläge besaß, die „Gazeta Torunska“ und den „Wiarus Polski“ in Bochum, beabsichtigte sich ausschließlich der Arbeit in der Emigration zu widmen. Deshalb wollte er den Thorne Verlag, in dem damals die „Gazeta Torunska“, die „Gazeta Codzienna“ und der „Przegląd“ erschienen, in geeignete Hände geben, die die Gewähr dafür boten, daß sie die von ihm gegründeten Blätter politisch in der Richtung leiten würden, die ihm am meisten zusagte. In dieser Absicht wandte er sich mit vollem Vertrauen eben an den Verlag des „Kurjer Pognanski“ und des „Ogrodowit“. Die Unternehmung zwischen uns und Herrn Brejski fand am 20. Dezember 1912 in Posen statt. Da wir damals noch Überlegung unseres Vorlages nach den neuen Räumlichkeiten in der ul. Sw. Marcin 68 mit der Reorganisation unserer Zeitungen beschäftigt waren, konnten wir von dem Angebot des Herrn Brejski, das für uns einen so wertvollen Beweis politischen Vertrauens darstellte, keinen Gebrauch machen. Daß das Vertrauen zu uns von Dauer war, davon zeugt der Umstand, daß Herr Brejski neun Monate später, am 13. Oktober 1913, sein Angebot wiederholte.“

Zu Angriffen auf den Völkerbund und das Saager Schiedsgericht

veranlaßt den „Kurjer Pognanski“ unsere Wiedergabe des Inhalts des Saager Gutachtens über die deutschen Ansiedler in Polen (s. Pos. Tagebl. Nr. 211). Auf der ersten Seite der Nr. 213

des „Kurjer“ sind gleich zwei längere Artikel, die sich mit dem Gutachten und der Wiedergabe seines Inhalts im „Pos. Tagebl.“ befassen. Der eine Aufsatz hat die Überschrift: „Fort mit der Verschleppung!“, der andere: „Das skandalöse Gutachten des Saager Schiedsgerichts“. In dem ersten dieser beiden Aufsätze ist unter anderem zu lesen: „Es scheint, daß der Saager Schiedsgerichtshof bei seiner Betonung des Völkerbundes über die Minderheiten sich in der Sphäre der Vorstellungen und Wünsche bewegt, die in den Beratungen verschiedener Vereine der Völkerbundsfreunde und ähnlicher internationaler Verbände, die von dem Geiste der Freimaurerei durchdrungen sind, eine hervorragende Rolle spielen. Wenn aber Polen das erste Objekt werden soll, an dem der Völkerbund die Verwirklichung jener Wünsche versuchen will, dann können wir von vorn herein sagen, daß das Experiment nicht gelingen wird. Sollte der Versuch gemacht werden, dann muß eine starke Abkühlung der Beziehungen zwischen dem Völkerbund und Polen eintreten. Wir wünschen, daß der Völkerbund seine Verknüpfungen nicht abkühlt und ihre Überschreitung vermeidet. Das Gutachten des Saager Schiedsgerichtshofes kann insofern eine gute Wirkung ausüben, als es in seiner unerhörten Einseitigkeit so deutlich die Zwecke aufdeckt, um die es geht und die in gerader Linie zu einer groben Verletzung der staatlichen Souveränität führen, daß niemand in Polen bezüglich des Wertes des Saager Schiedsgerichtshofes und der Zweckmäßigkeit, vor ihm oder gar dem Völkerbund Konflikte rechtlicher Natur durchzusetzen, sich einer Täuschung hingeben wird. Deshalb ist die Forderung, die wir an die Regierung wiederholen, die sofortige Ausübung unserer Rechte gegenüber den Ansiedlern ohne Rücksicht auf das Gutachten des Saager Schiedsgerichtshofes. Die Sache ist für uns entschieden, und ein Abwarten der Verhandlungen des Völkerbundsrates ist zwecklos.“

Herrn Rucharski, dem neuen Finanzminister,

gibt der „Wiarus Polski“ im Leitartikel seiner Nr. 217 Ratsschlüsse („Bemerkungen zur Finanzpolitik“). Dabei hebt er ein bißchen gegen die deutschen und jüdischen Industriellen in Lodz, indem er schreibt: „Immer mehr Polen wandern nach Frankreich, um sich dort ihr Brot zu verdienen, denn die westpolnischen Industriestätten müssen wegen des Mangels an einer entsprechenden Fürsorge der Regierung die Zahl der Arbeiter immer mehr einschränken. Der Benjamin der Regierung ist das industrielle Lodz, das Kohlenbrennen. Lodz betrachtet den Staatschatz als Milchkuh, schöpft aus ihm Milliarden Kredite für seine Rohstoffe und verdient täglich Multimilliarden. Überdies ist die Lodz Industrie zu 90 Prozent jüdisch und deutsch. Neben den Auslandskrediten, deren Erlangung für den Juden oder Deutschen leichter ist, besitzt die Lodz Industrie tatsächlich den höchsten Vorzugszins der P. R. R., wobei sie nach Berechnungen von Fachleuten 600 000 bis 900 000 M. Gewinn aus einem Meter Stoff herausschlägt. Wenn die Regierung einmal Kredite verjagen würde, ist damit gleich die Drohung der Arbeitslosigkeit da. Die Regierung gibt nach und leistet den Forderungen der Lodz Juden Genüge. Es müßte heißen: Kredite gibst nicht, wirbs nicht geben, und basta! Es wäre Zeit, daß der Finanzminister, dem wir doch alle Gutes wünschen, in die Hölle der Wollschieber hineinblickt. Die Lodz Arbeiter und die westpolnische Industrie würden zweifellos davon Nutzen haben. — Wir sprachen vorher vom Kohlenbrennen. Hier geht es weniger um die Kredite, als um den Kohlenpreis selbst. Womit erklären sich die Regierungskreise, daß die Kohle, die vor dem Kriege im Verhältnis zum Koggen wie 1 zu 8 stand, heute fast dem Koggenpreis gleichkommt? Was will die Regierung gegen die Heimgewinnerei tun, die uns beim Eintritt der Kräfte droht? Eine Antwort erwarten wir nicht. Wir begreifen, daß eine Antwort schwer ist. Darüber müssen wir uns aber eins sein: daß die Regierung kein kluges Finanzprogramm besitzt und ebenso wie die ganze Bevölkerung im Finstern tappt. Wir sind noch ebenso weit entfernt von der Gesundung der Baluta, wie wir waren. Die Baluta wird nicht durch Gebote, Verbote oder Verschärfungen, auch nicht durch die Aufkündigung der Druckmaschine saniert. Wir befürchten, daß der Bargeldmangel den Finanzminister zu solchen Emissionen zwingen wird, wie in Deutschland. Die Gerichte über die Auslandsanleihe werden kein großes Vertrauen mehr, da man früh genug von der Anleihe erfahren hat, die dafür Polen von der Regierung erhalten. Noch ist die Anleihe in weitem Felde, und schon wird die Provision mit Wühlerhall berechnet. Das zeugt von einer kümmerlichen Organisation der Bureaus des Finanzministers.“

tischer Steigerung kam der Jubel zur Geltung, als Myrtole sehend wird. Besonders im zweiten Teile des Wertes wurde die gestellte Aufgabe ausgezeichnet gelöst.

Die Dekorationen sind von Herrn Jarocki neu entworfen und verstärken den Gesamteindruck bedeutend. Die Vorpiellampe ist sehr gut ausgeführt; lediglich die große rote Sonnenleuchte in der Mitte der Bühne stört den Eindruck etwas. Es ist nicht nötig, daß wir so sehr ans Theater erinnert werden. Und diese Sonnenleuchte zeigt uns sehr das Theater. Die Beleuchtung kann ruhig von der rechten Seite kommen. Das Bild vor dem Gange des Arcadius ist ausgezeichnet ausgeführt und verstärkt die Stimmung zu einem harmonischen Ganzen.

Spieleiter ist Herr Farnowski. Er erlebte im großen ganzen seine Aufgabe mit vielem Geschick. Leider läßt die Bewegung der Chöre mitunter zu wünschen übrig. Noch eine Frage: Das Werk ist als Bühnendichtung in einem Akt gedacht und stellt eines ganzen Tages Geschehnisse dar. Warum hat man die Teilung nach der 12. Szene vorgenommen? In diesem Falle konnte man sich schon nach den Angaben des Bühnendichters richten und das ganze Werk hintereinander ohne Teilung spielen, um eine so geschlossene Stimmung, wie sie gerade dieses Werk verlangt, nicht zu stören. Doch das sind nur Dinge von untergeordneter Bedeutung. Der Gesamteindruck gehört zu denen, die wir selten erleben, darum müssen wir dieses Abends mit besonderem Dank gedenken.

Das Theater war sehr gut besucht, und das Publikum folgte dem Werke mit feiner Teilnahme. Am Schluß riefen noch lange anhaltende Beifallsbezeugungen die Darsteller und den Kapellmeister wiederholt vor die Rampe.

Die Reihe der deutschen musikalischen Veranstaltungen eröffnete am Dienstagabend ein Konzert des hier schon bekannten Leipziger Geigers Prof. Wassermann, der, wie schon vor einem Jahr, in Frau Annemarie Müller-Görz eine ausgezeichnete Partnerin am Klavier hatte. Herrn Wassermanns Spiel wirkte diesmal noch erheblich stärker als bei seinem vorjährigen Auftreten. Das ist zum Teil wahrlich dem schönen Instrument zuzuschreiben, das ihm jetzt zur Verfügung stand, zum Teil wohl auch seinem diesjährigen Programm, dessen Hauptaufgaben drei ernste Werke deutscher Meister waren: Beethovens Kreuzer-Sonate, Brahms' Ciaccona und ein jugendlich schwärmerisches, weich melodisches Werk aus der ersten Schaffenszeit Richard Strauß' gegen den Geiger Gelegenheit, seinen schönen, edlen Ton und seine überlegene, virtuose Technik zu sprechen eines starken innerlichen Mitgefühls zu machen. Den Schluß der Vortragsfolge bildeten zwei Stücke skandinavischer Tonseker: ein Mazur von Anton Dvorak und eine Etüde von Wieniawski. Das feine, sichere Stillegefühl des Geigers und seine souveräne Beherrschung aller Vortragsmittel ließen die Reize aus dieser Werke — und ebenso der als Zugabe gespielten Sarafateschen „Zigeunerweisen“ — zu voller Geltung kommen. Die dankbaren Zuhörer, die erfreulicherweise sich sehr zahlreich versammelt hatten, gaben der Stimmung des Abends durch lebhaften, immer wieder einsetzenden Beifall Ausdruck. Der anhaltende Beifall war der Posener Bachverein. Ihm gebührt der herzlichste Dank der Posener Musikfreunde.

Berliner Verhandlungen.

Reichskanzler Stresemann wird vorläufig auf die neuesten Rundschreibungen Poincarés nicht antworten, sondern wird abwarten, was der Verlauf und das Ergebnis der Besprechungen zwischen Poincaré und Baldwin sein werden. Über die Unterhaltungen Stresemanns mit dem französischen Botschafter in Berlin de Margerie veröffentlicht das Pariser „Petit Journal“ eine offenbar beeinflusste Nachricht des Inhalts, daß diese Unterhaltungen eine Entspannung bedeuteten, aber noch zu keinem positiven Ergebnis geführt hätten. Um zu dieser Feststellung zu kommen, hätte das „Petit Journal“ sich nicht so sehr zu bemühen brauchen. Wenn das Blatt dann aber zu wissen glaubt, daß diese Unterhaltungen seit einiger Zeit unterbrochen seien oder sich auf die Behandlung nur laufender Geschäfte beschränkten, so ist das, wie wir zuverlässig hören, ebensowenig richtig wie die weitere Behauptung, daß die französische Regierung die Absichten der deutschen Regierung nur aus der letzten Reichskanzlerrede kenne. Die Berliner Unterhaltungen beschränken sich ganz und gar nicht auf die Behandlung nur laufender Geschäfte, sie sind vielmehr zu werten als ein, wenn auch in der Form loser, so doch in der Sache ernsthafter Versuch, dem Konflikt an Rhein und Ruhr durch Verhandlungen ein Ende zu machen.

Die Voraussetzungen für Aufgabe des passiven Widerstandes.

Die Beamten- und Arbeiterorganisationen des Ruhrgebietes haben kürzlich ihre Voraussetzungen für die Aufhebung oder Einschränkung des passiven Widerstandes in öffentlichen Erklärungen formuliert. Wie wir hören, werden über diese Fragen zurzeit allgemeine Verhandlungen zwischen den Organisationen und der Reichsregierung geführt.

Die Schwierigkeiten einer Einstellung des Widerstandes im Ruhrgebiet.

Deutsche Blätter bringen eine Unterredung mit dem Reichstagsabgeordneten und Mitglied des Direktoriums der Firma Krupp, Herrn Dr.-Ing. Kurt Sorge, in der dieser etwa folgendes über die eventuelle Beendigung des Ruhrkonflikts auf Grund beiderseitigen Nachgebens ausführte: Es kommt vor allem darauf an, die Zeitdauer der jetzigen Kriege auf das äußerste zu beschränken. Weder die Unterdrückung, noch die formelle beiderseitige Erklärung einer Einigung beenden den Konflikt und die internationale wirtschaftliche Gefahr, wenn nicht auch zugleich und sofort alle Behinderungen der Wiedereröffnung der produktiven Betriebe aus dem Wege geräumt werden. Man darf, vor allem auf französischer Seite, nicht übersehen, daß es nicht hinreicht, nach dem Abschluß der Verhandlungen nur „auf einen Knopf zu drücken“, um alle Schornsteine wieder rauchen zu lassen. Dagegen macht die sofortige Wiederaufnahme der Betriebe eine enorme Leistung ersten Ranges ist, wie sollen Werke unter schwierigsten Verhältnissen wieder ihre normale Arbeit beginnen, wenn ihre Leiter aller Grade nicht vollständig da sind, um sich an allen Stellen zu betätigen? Sie sind aber in großer Zahl nicht da. Besatzungsbehörden und Kriegsgerichte haben verhaftet, verurteilt, in Gefängnisse gesetzt, ausgewiesen. Welche unausfüllbare Lücken dadurch gerissen sind, zeigt als Beispiel die Lage der Firma Krupp: Herr von Bohlen-Halbach und drei andere Mitglieder des Direktoriums befinden sich im Gefängnis. Zwei Mitglieder und zwei stellvertretende Mitglieder des Direktoriums sind in Abwesenheit verurteilt. Ebenso fehlt eine ganze Reihe von Leitern lebenswichtiger Betriebe. Ähnliche Verhältnisse werden bei anderen großen Konzernen vorliegen. Erstes Erfordernis ist also, daß diese Männer sofort ihre Stellen wieder aufnehmen können. Und hier wieder eingetroffen, so wird es immer noch einer eisernen Tätigkeit ihrerseits bedürfen, um die Wälder nur erst wieder anlaufen zu lassen. Es bestehen aber auch technische Hemmnisse, deren Beseitigung eine geraume Zeit, Wochen, wenn nicht Monate erfordern würde. Ein Hochofen kann eben nicht wieder angeblasen werden, wie man einen Hahn an einer Wasserleitung öffnet. Endlich der Kohlen- und Koksstoffmangel. Ohne Kohlenförderung, Koksproduktion, Rohstoffe keine Hochofen- oder Walzwerke oder andere produktive Betriebe. Also fort mit allen Sperren! Mithilfe Wiederaufstellung der Verbindungslinien, Wiedereinrichtung bzw. Seimkehr aller Angestellten und Arbeiter, darunter vor allen Dingen auch der Eisenbahner. Alle hierfür nötige Zeit müssen die Besatzungsmächte in Anspruch bringen, wenn sie klar werden wollen, wie schnell sie an der Aufrichtung eines Ruins gegen das Gerangeln des Chaos in Deutschland, in Mitteleuropa arbeiten müssen.

Blutige Unruhen in Dortmund.

Mehrere tausend Arbeiter versuchten dieser Tage in das Verwaltungsgebäude der Dortmunder Union einzudringen, um Geldauszahlungen zu erzwingen. Es kam zum Zusammenstoß mit der Polizei, wobei zwei Personen getötet und mehrere verletzt wurden. Wegen Unruhestiftungen feiern die Arbeiter von zwölf Bergwerken im Kreise Essen. Von den Stinnesgruben soll nur die Reiche Ernestine arbeiten.

Die Rheinlandkommission verbietet englischen Unterricht.

Den Londoner Amtsstellen ist von einer englischen Quelle eine Verfügung zugeht, wonach die von den französischen Delegierten im Namen der interalliierten „hohen“ Rheinlandkommission erteilte wurde und die sich gegen den angeblich übertriebenen Unterricht der englischen Sprache in deutschen Schulen richtet. In dem Erlass des französischen Delegierten, der den Völkern und den Direktoren der höheren Schulen im Rheinlande zugeht, heißt es, daß durch Verfügung des preussischen Ministers für Unterricht vom 10. Februar 1923 der Unterricht der englischen Sprache ganz besonders im Lehrplan der Schulen hervorzuheben soll. Der französische Delegierte macht die Schuldirektoren darauf aufmerksam, daß die Verfügung des Ministeriums für Unterricht nicht der „hohen“ Rheinlandkommission vorgelegt worden sei, daher auch nicht rechtskräftig ist und nicht in Kraft treten dürfte. Den Schuldirektoren wird angedeutet, daß sie sich bei Nichtbefolgung des Verbotes, englisch in den Schulen zu unterrichten, schweren Strafen aussetzen. Der französische Erlass ist unterzeichnet mit dem Namen Ruppe.

Werden die Engländer diese breiße und ehrenrührige Provokation ihrer „Bundesgenossen“ ungestraft hingehen lassen?

Beurteilung der letzten Reden Poincarés.

In England

Die letzte Sonntagsrede Poincarés ist, wie der Pariser Vertreter des „Manchester Guardian“ ausführt, weniger für Deutschland, als für England bestimmt gewesen, und bedeutet den Gnadenstoß für die englische Mission, daß ein englisch-französischer Garantepakt die Besorgnisse Frankreichs um seine Sicherheit vermindern, und daß Frankreich hierfür einen Preis zahlen werde. Für Deutschland aber sei es jetzt zweifelhafter denn je, ob es für seine Unterwerfung irgend etwas gewinnen könnte.

In einem „Poincaré wiederholt sich“ überschriebenen Leitartikel führt der „Manchester Guardian“ zu den Reden des französischen Ministerpräsidenten aus, es sei erstaunlich, wie viele Sonntage hintereinander Poincaré forscharbeiten könne, dieselben Neben in fast denselben Worten zu halten. Reichskanzler Stresemann habe verzweifelt nach einer Andeutung oder Geste von Seiten

des französischen Ministerpräsidenten gesucht, die ihm ermöglichen würde, Deutschland zu erklären, daß der passive Widerstand nicht bedingungslos aufgegeben worden sei. Poincaré scheine jedoch die Frage des Reichskanzlers Stresemann, ob er nicht wenigstens Deutschlands Souveränität über die besetzten Gebiete gegen die Einstellung des passiven Widerstandes anerkennen wolle, nicht beantwortet zu haben. Über die Gründe der Unfähigkeit Poincarés, Zugeständnisse sogar in der Form zu machen, führt „Manchester Guardian“ aus, zweifellos sei es in der Hauptsache eine Frage des Stolzes, es könne jedoch auch sein, daß Frankreich glaube, nicht besorgt sein zu müssen, wenn seine Forderung nach bedingungsloser Übergabe nicht zu Deutschlands Ergebung, sondern zu seiner wirtschaftlichen und politischen Auflösung führe.

„Evening Standard“ meint, früher habe es geheissen, daß Frankreich den englischen Garantepakt zurückweisen wolle, weil er auf einen bestimmten Zeitraum beschränkt gewesen sei, und weil er keine bindenden militärischen Vereinbarungen enthalte. Jetzt verlange Frankreich auf einmal, daß England auch Polen, die Tschechoslowakei und Rumänien schützen solle. Es sei aber vollkommen unmöglich, dem englischen Volke etwas derartiges zuzumuten.

Auch in Frankreich erkennt man die wahren Ziele Poincarés.

Die kommunistische „Humanité“ fragt: Welches Ziel verfolgt Poincaré mit seiner Politik der offensichtlichen Brutalität? Sucht er nicht bei einer erniedrigenden Kapitulation Deutschlands einen persönlichen Erfolg seiner Eigenliebe? Will er in Deutschland einen nationalistischen Aufstand oder eine proletarische Revolution hervorrufen? Will er Deutschland zerteilern, um es teilweise zu annektieren? Man verfolgt Deutschland gegenüber eine Politik, die die Zerstörung des Reiches und die beschleunigte Annexion des Rheinlandes und des Ruhrgebietes zum Ziel hat. Denn wenn jemand errät: Wir haben Pfänder in der Hand und werden sie behalten, bis wir bezahlt sind, so heißt das angesichts der Finanzlage Deutschlands, daß er sie immer behalten wird.

Die Unterredung Baldwin mit Poincaré.

Baldwin ist am Dienstag, den 18. September, abends in Paris eingetroffen und hat gestern, am Mittwoch, eine Unterredung mit Poincaré gehabt.

Der Zweck der Zusammenkunft zwischen Baldwin und Poincaré.

Gabas veröffentlicht eine offenbar beeinflusste Mitteilung, in der es heißt, aus englischer Quelle sei gemeldet worden, die Unterredung zwischen dem englischen und französischen Ministerpräsidenten werde nur den Charakter eines einfachen Höflichkeitsbesuches tragen. Man dürfe annehmen, daß dies nicht der ausschließliche Zweck der Zusammenkunft sein werde. Poincaré habe sich bereit erklärt, die ihm gebotene Gelegenheit zu ergreifen, um mit dem englischen Kabinett unmittelbar in Verbindung zu treten und seine persönliche Auffassung von den ersten Problemen auseinanderzusetzen, die zurzeit den politischen Horizont in Europa beunruhigen, und die Beziehungen zwischen den beiden Kabinetten so schwierig gestalten. Es erscheine daher nicht ausgeschlossen, daß Poincaré und Baldwin sich über ihre Auffassung in den Hauptfragen, das heißt hinsichtlich der Reparationen, der Regelung der interalliierten Schulden und ganz allgemein der Aufrechterhaltung des Friedens und des Gebietsstandes auf dem Kontinent aussprechen werden. Die Auseinandersetzung über ihre Auffassung könnte dazu beitragen, die meisten Mißverständnisse zwischen Frankreich und Großbritannien aus der Welt zu schaffen.

Was die Tschechen unter staatsbürgerlicher Freiheit verstehen.

Im Gultschiner Ländchen, dem an die Tschechoslowakei abgetretenen Teil Oberschlesiens, haben kürzlich die für die ganze „Tschechoslowakei“ angelegten Gemeindevahlen stattgefunden. Tschechische Wahlkommissare konnten schon gegen 10 Uhr vormittags in vielen Orten feststellen, daß die große Mehrzahl der Stimmen für die deutschen Listen abgegeben wurde. Sie ließen darauf die Wahl abbrechen und erklärten sie für ungültig (!).

Sowjetrußland.

Eine russische Note an Bulgarien.

Die russische Regierung gibt offiziell bekannt, daß Tschischerin eine Note an die bulgarische Regierung gerichtet habe, worin er die Auslieferung des Generalkabes der ehemaligen Weissen Armee verlangt. Außerdem fordert Rußland die Schließung der russischen Militärschule in Bulgarien. Ferner wird die bulgarische Regierung aufgefordert, die Bildung von militärischen Organisationen auf bulgarischem Gebiet zu verbieten, da deren Tätigkeit gegen Sowjetrußland gerichtet sei. In der Note wird auch eine Entschädigungssumme von 20 Millionen Goldrubel für die Ermordung eines Mitgliedes der russischen Mission verlangt. Tschischerin behauptet, Dokumente in Händen zu haben, welche die Mithilfe der bulgarischen Regierung in dieser Mordangelegenheit bewiesen.

Ein englisches Urteil über Sowjetrußland.

Der Rigaer Korrespondent der „Times“ berichtet, daß die englische Handelsmission traurige Ergebnisse erzielt habe. „Daily Mail“ schreibt dazu, daß es höchste Zeit wäre, daß die englischen Staatsmänner und Politiker über die Lage in Rußland Klarheit schaffen. Wenn die Deutschen nicht die Kontrolle in Rußland übernehmen, dann würden Jahrzehnte vergehen, bis man sich der Hoffnung hingeben dürfte, mit Rußland Handel zu treiben. Wie die Verhältnisse augenblicklich liegen, bestünde keine Hoffnung, den Handel Rußlands zu heben.

Wertbeständige Post- und Telegraphentarife in Rußland.

Durch Erlass des Rates der Volkskommissare ist in Rußland ein wertbeständiger Post- und Telegraphentarif, der sich an die Wertsteigerung anlehnt, eingeführt worden. Die jeweiligen Sätze in Papierwertscheinen sind durch Multiplikation mit einer zweimal im Monat festzusetzenden Schlüsselzahl zu errechnen.

Schließung der Nishni-Novgoroder Messe.

Am 16. d. M. wurde die Messe in Nishni-Novgorod geschlossen. In diesem Jahre war die Frequenz bedeutend schwächer als im vorigen. Größere Transaktionen wurden beinahe gänzlich ausgeführt.

Schließung von Hochschulen.

Die Universität Samara an der Wolga ist wegen Fehlens jeglicher Unterhaltsmittel geschlossen worden. Dieses Schicksal hat im Laufe dieses Jahres auch mehrere andere Hochschulen Sowjetrußlands aus dem gleichen Grunde betroffen.

Die Ernte in Sibirien.

Die Ernte in Sibirien in diesem Jahre unter mittelmäßig ausgefallen und ist bedeutend geringer als im vorigen. Infolgedessen hat der Export aus Sibirien, der eine wichtige Rubrik in der russischen Ausfuhr bilden sollte, die in ihn gesetzten Hoffnungen enttäuscht.

Japans Zukunft.

Die Meldungen über die Erdbebenkatastrophe und deren Opfer waren und sind heute noch ebenso widerspruchsvoll wie so mancherlei Kommentare, die in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht an die japanische Erdbebenkatastrophe geknüpft worden sind. Auch hier ist manches als „Zweckmeldung“ in die Welt gelassen worden, das heißt unter dem Gesichtswinkel des Eigeninteresses, bei dem mitunter der Wunsch der Vater des Gedankens war. Um nur ein Beispiel zu nennen: als das altangelegene japanische Blatt „Osaka Mainichi“ in der ersten Erregung über das Zurchtbare davon sprach, die Katastrophe könne durch die Lösung so vieler Menschen und durch die Vernichtung so gewaltiger Werte politisch den Verlust von Japans Stellung als Großmacht bedeuten, da nahm sofort der amerikanische Telegraph diese Äußerung begierig auf, und bald danach war es in vielen Blättern der alten und der neuen Welt zu lesen: Japan als Großmacht sei „gewesen“. Davon aber kann nach Lage der Dinge nicht die Rede sein. Daß diese Meldung mit Unterstreichungen ihren Weg um das Erdbeben nahm, war dem Beobachter des japanisch-amerikanischen Antagonismus ein Beweis dafür, daß sie in der Form ihrer Wiedergabe einer gewissen Tendenz nicht entbehrte.

Das Erdbeben, das furchtbare, das das ostasiatische Inselreich je heimgesucht hat, traf Japan in seinem wichtigsten Teile, dem höchst entwickelten, für die Wirtschaft des Landes maßgebenden Handels- und Industriezentrum und Sitz der Regierung. Japans Weltmacht zu Lande und zur See ist nicht unempfindlich betroffen durch die Explosion von Arsenalen, insbesondere des Munitionsparks im Flottenstützpunkt Yokohama am Eingang der Tokajama-Bucht und der Explosionen auf modernen Schlachtschiffen. Auch die Meldungen über die angebliche, Flotten- und Armeekatastrophe werden jedoch der vorsichtigen Aufnahme und der Nachprüfung bedürfen, weil sie fast ausschließlich aus amerikanischen, englischen und französischen Quellen stammten und gerade diese Staaten infolge ihres politischen Interesses an Japan die Weltöffentlichkeit einseitig zu informieren versuchen. Eigenartigerweise haben auch amtliche japanische Meldungen anfangs die Ausdehnung der Katastrophe und deren Einzelheiten übertrieben. Die jüngsten Nachrichten von der Wiederinbetriebnahme der Straßen- und Hausbeleuchtung in Tokio und von zahlreichen stehengebliebenen und zum Teil unversehrten Gebäuden deuten darauf hin, daß bei allem Umfang des Unglücks dies zunächst doch noch schwächer geschildert worden ist, als es wirklich war, ein Umstand, der bei der Aufregung und Nervengerrüttung im betroffenen Lande immerhin erklärlich erscheinen mag.

Auf der Hauptinsel Honshu sind die wichtigsten Handels- und Industriezentra Osaka und Kobe nicht in Mitleidenchaft gezogen. Wollig unversehrt geblieben ist auch die Insel Kjusiu, die mit ihren Kohlen- und Erzgruben für Japan von besonderer Bedeutung ist. Auch die Kohlen und Erzzufuhr aus China und der Mandchurie wird weiter ihren Gang nehmen. Nachdem Japan die Industriekrise der ersten Nachkriegszeit überstanden hat, ist sein Nationalreichtum zwar auch heute noch nicht übermäßig groß, wird aber immerhin zum Wiederaufbau kräftig herangezogen werden können. Ginzur kommen die vom Auslande angebotenen Hilseleistungen. Schon ist Japan eine internationale Anleihe angeboten worden; ob und wie weit die Japaner eine solche annehmen werden, kann heute noch nicht gesagt werden. Es mag den Japanern überlassen bleiben, sich über die Wahl der ihnen angebotenen Hilseleistungen und deren vielleicht auch nicht ganz unbeschränkte Selbstlosigkeit ihre eigenen Gedanken zu machen. Sehr erhebliche Schäden sind, wie die aus London gemeldeten Verurteilungen bezüglich der Inanspruchnahme englischer Versicherungsgesellschaften zeigen, außerhalb des eigenen Landes durch ausländische und ausreichende Versicherungen gedeckt.

Die Wiederherstellung wird mit dem Aufbau der zerstörten Wohnhäuser, der zertrümmerten Städte und der vernichteten Industrieanlagen zu beginnen haben. Hierbei ist übrigens festgestellt, daß gerade die nach deutschen Methoden oder von deutschen Gesellschaften errichteten Gebäude, wie zum Beispiel der Hauptbahnhof von Tokio, sich infolge ihrer stabilen Konstruktion und guten Bauweise bestbewährt haben. Nach ähnlichen Methoden, also zweckmäßiger und moderner gebaut, als es die japanischen Bauten bisher waren, werden die zerstörten Ortschaften wieder erstehen. Auch die in Mitleidenchaft gezogenen Industrieanlagen, deren Inventar größtenteils noch brauchbar geblieben sein dürfte, werden nach zeitgemäßen Prinzipien restauriert oder neu aufgebaut werden, als sie bisher waren. Japan hat es im wesentlichen aus eigener Kraft fertig gebracht, das Land in einem halben Jahrhundert aus einem mittelalterlichen Staatswesen zu einem modernen Staat umzuwandeln. Die japanische Energie und die Eigenart, sich den Verhältnissen anzupassen und von allen Völkern zu lernen, wird den Japanern beim Wiederaufbau der zerstörten Landestteile sehr zu statten kommen. Die jetzige japanische Regierung gilt als tüchtig und umsichtig und wird alles nur Mögliche für den Wiederaufbau tun.

Die Bilanz des japanischen Erdbebens.

Auf Grund einer vom japanischen Ministerium des Äußern angestellten Untersuchung über die Lage der nach Kobe geschütteten Ausländer erzählt die japanische Botschaft aus Tokio, daß die Zahl der nach Kobe geschütteten Ausländer etwa 1000 beträgt. 764 Ausländer haben in Privathäusern, die übrigen in Hotels ein Unterkommen gefunden. Die russischen Flüchtlinge, insgesamt 160 Personen, die meist mittellos sind, sind im Theater untergebracht und werden von den japanischen Behörden versorgt. Nach einer in Tokio am 13. September veröffentlichten Aufstellung haben bei dem Erdbeben 298 255 Häuser Brandschäden erlitten, 36 155 sind vollkommen zerstört. Die Zahl der Toten in Tokio selbst beträgt 72 600.

Deutsches Reich.

**** Unruhen in Baden.** Aus dem badischen Oberland werden Kämpfe zwischen der Polizei und den Volksmassen gemeldet. In einigen Kreisen wurde der Belagerungszustand erklärt. Eine Anzahl von Menschen wurde getötet und verwundet. Zur Beruhigung erklärten sich die Fabrikanten bereit, eine Feuerungsbeihilfe im Betrage von 50 Schweizer Franken, und zwar zur Hälfte sofort in bar, zur Hälfte demnächst in Naturalien zu zahlen. Trotzdem verweigerten die Arbeiterführer die Wiederaufnahme der Arbeit, falls nicht die Polizei zurückgezogen werde. In Mannheim und Karlsruhe droht der Generalstreik.

**** Zusammenstoß in Brrach.** Bei Feuerungsdemonstrationen streikender Arbeiter in Brrach in Baden kam es zu einem Zusammenstoß der Demonstranten mit der Schutzpolizei. Als die Demonstranten versuchten, Verhaftete zu befreien, machte die Polizei von der Waffe Gebrauch. Eine Person wurde getötet, 8 verletzt.

Aus aller Welt.

In Bulgarien ist die Regierung gezwungen, energisch gegen die Kommunisten vorzugehen, die allerlei Unruhen anzetteln. Das tschechoslowakische Pressebureau meldet sogar den Ausbruch einer Revolution in Bulgarien. Doch wird diese Meldung von der Wiener bulgarischen Gesandtschaft als gänzlich unbegründet bezeichnet.

Revolution in Transjordanien. Nach Telegrammen aus Jerusalem ist in Transjordanien eine Revolution ausgebrochen. Die Truppen des Emir Abdallah wurden von bewaffneten Stämmen angegriffen. Der Aufstand soll zum Teil antibrutisch, zum Teil antizionistisch sein. In erster Linie scheint es sich jedoch um eine Unabhängigkeitsbewegung zu handeln, die einen vollkommen souveränen Staat im Transjordanien schaffen will. Neuer meldet aus Jerusalem, daß die Aufständischen, die Ammon am Sonntag umzingelt und die Telephon- und Telegraphenleitungen abgeschnitten hatten, nach schärfem Kampf zurückgeschlagen wurden und unter Zurücklassung von 82 Toten in jüdischer Richtung geflohen sind.

Teatr
Palacowy
Plac Wolności 6.
Vom 18. bis 23. Sept.

Diamanten-Affäre.

Neues erstklassiges Orchester unter Leitung des Herrn C. Dzieczkowski.

Sensations-Drama nach dem Roman von V. Mandelstam. — In der Hauptrolle die schöne Lucy Lose, Leon Mathot, Marcel Levesque.
— Beginn der Séances um 4 1/2, 6 1/2 und 8 1/2 Uhr.
— An Feiertagen um 4 Uhr, letzte um 8 1/2 Uhr.

Vonder Reise zurück
Dr. med. F. Geschke
Chirurg
Chefarzt der äußeren Abteilung der Diakonissen-Anstalt Posen.
Sprechstunden wochentäglich von 11 1/2—12 1/2 im Diakonissenhaus.

Fabrikneue
Hawa-Dampfdreschmaschinen
mit voller Reinigung, Sortierzylinder, Kaffgebläse, Trommelbreite 1700 m/m
Stundenleistung ca. 20 Zentner.
Sofort ab Lager lieferbar.
MECENTRA Maschinen-Zentrale T. z. o. p.,
Poznań, ul. Zwierzyniecka 13.

Zimmer,
aut. möbliert, sucht ein junger
Kaufmann sofort zu mieten.
Off. u. 9164 a. d. Geschäftsst. d. Bl.
Berlin-Posen.
3 große Zimmer,
Bad, Balkon, elektrisches Licht,
Telephon tauscht gegen eben-
solche in Posen. Zu erf. bei
Buczewski,
ul. 27. Grudnia Nr. 6.

Achtung! (9032)
Stoffe für Anzüge, Mäntel, Bett- und
Kleidungsstücke aus erstklassigen
Fabriken, sowie Zutaten für Schneider
empfehlen **F. Blin & B. Wendi,** Poznań,
Wielkie Garbary 34 (fr. Gr. Gerberstr.).

Zur Herbstsaat empfehle ich:
Orig. Hildebrand's Zeeländer Roggen,
Orig. Hildebrand's Fürst Hatzfeld-Winterweizen,
ausverkauft,
Orig. Hildebrand's Dieckhoff-Winterweizen,
ausverkauft,
Orig. Hildebrand's Winterweizen, Stamm 80,
ausverkauft,
Orig. Hildebrand's Winterweizen, Kreuzung I. R.,
ausverkauft,
C. Hildebrand, Kleszczewo,
Kreis Środa, Post Kostrzyn.
Bestellungen erbeten an die
Saatzbaugesellschaft Poznań, ul. Wjazdowa 3.

Fürst Hatzfeld-Weizen,
Zeeländer-Roggen,
Peitzkuser-Roggen,
jämlich erste Abfaat,
anerkannt durch Izba Rolnicza, hat abzugeben
F. A. E. von Pflug-Brody.

1 große Villa
komplett eingerichtet, im ersten mittelschlesischen Badeort,
gegen ein kl. Gut zu tauschen
gekauft. Offerten erbeten unt. A. 2. 101 an die
Annoncen-Expedition „MERKUR“,
Kattowitz. Direktionsstraße Nr. 4.

Suche von sofort od. später
eine Mühle 3—10
Ton.
zu kaufen oder zu pachten.
Kitowski, Starogard. Telefon 40.

Ausschneiden! Ausschneiden!
Postbestellung.
An das Postamt
Unterzeichneter bestellt hiermit
1 Posener Tageblatt (Posener Warte)
für den Monat Oktober 1923
Name
Wohnort
Postanstalt
Straße

Speise-Kartoffeln
alle Sorten, besonders
Industrie u. Frühe Rosen
sowie **Trockenschnitzel**
kauft
Wilhelm Werner, Poznań,
Plac Wolności 13.
Tel. 3403 u. 4083. Telegr.-Adr.: Kartoffelwerner.

Die Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt
T. A., Poznań, ul. Zwierzyniecka 6, Abteilg.:
Verband-Buchhandlung
liefert jetzt direkt an die Besteller folgende
neue Werke:
Prof. Engelbert, Demosthenes im Urteile des Alter-
tums.
Klein, Die amerikanische Buchführung. 16. Auflage.
Kaufmann, Der Rodennsport. Fliegerrennen.
Dr. Weiss, Heiliger Herd. Vom neuen Sinn der
Familie und vom Jugendland.
Eucken, Mensch und Welt. Eine Philosophie des
Lebens. 3. durchgearb. Aufl.
Die Scherwin vom Schwarzwald.
Daumler, Weiterkenntnis.
v. Kiehnwäcker, Lehrbuch der Nationalökonomie.
Reiche, Der Eiserne Engel. Berl. Roman.
Berthold, Lustige Gymnasialgeschichten. 37. Auflage.
Bland, Der blaue Student, oder Ordnung muß sein.
Brandier-Pracht, Der praktische Astrologe.
Wehrmann, Menschenkenntnis.
v. Büllert, Christophorus. Roman.
Buttenstedt, Die Glücks-Ehe. Eine Naturstudie.
Ofer, Das soziale Rechtsdenken.
Heide, Französische Ruhrpropaganda.
Geisler, Kaspar. der Sonderling.
Kochler, Das Heilige im Ideal der Erziehung.
Dr. Kramer, Repetitorium der Ethik.
Kühel, Die Herrgottschänke. Ein rhein. Roman aus
besten Tagen.
Grimme, Vom Sinn u. Widerstand der Reifeprüfung.
Künkel, Die Gedanken als Schöpfer unseres Schicksals.
Scheff, Der große Tenor. Roman.
Grünmayer, Der Schloffer. Prakt. Handb. für Bau-
und Maschinenschloffer. Bd. 1.

Suche für m. Schwägerin
33 J. alt, deutsch kath., Wm.,
ohne Kind, auf diesem Wege
passenden
Lebens-
gefährten.
Witwer, mit 1—2 Kindern,
nicht ausgeschlossen. Off. mit
Bild u. P. 3. 9171 a. d.
Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Gebildete Dame, 20 J.,
groß, dunkel, lebensfroh,
möchte mit gebildetem, vorn-
dem. Herrn in guter Position
in Brieschwechsel treten, zwecks
evtl. sp. Heirat.
Gefl. Off. u. „Diana 8398“
a. d. Geschäftsst. d. Bl. erb.

Zwecks späterer
Heirat
sucht Eisenbahnschloffer, 40
Jahre alt, Unterunit bei einer
wirtschaftlichen Dame sofort
oder später, Witwe mit Kind
nicht ausgeschlossen. Angeb.
unt. 9165 a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Ankäufe u. Verkäufe

Wir bieten antiquarisch zum
Kauf an:
Prof. Dr. Eleber und
von Kühmann,
Leitfaden der
Elementar-Mathematik,
3 Teile mit anhängenden
mathemat. Tafeln, geb.
Angebote sehen entgegen
Posener Buchdruckerei
und Verlagsanstalt T. A.
Poznań,
Zwierzyniecka 6.
Abt. Verbandsbuchhandlg.

Umständehalber
50 Zentner
Kohlen
unter Tagespreis abzugeben.
Angebote unter 9095 an die
Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Gut erhaltener
Knabenmantel
zu verkaufen ul. Polna 20,
Böh. ptr. links.

Sofort verlaufe:
Kücheneinrichtung,
Weißes Metallbett,
Tisch und Stühle,
Schränke. (9175)
Ul. Piotra Wawrzyniaka
Nr. 31, II. Et. links.

Schmutz-
und gewaschene
Wolle
kaufen wir zu den
höchsten Tagespreisen
bemusterte Offerte erbeten:
Bank Kwilecki Potocki Ska.
Tow. Akc. (851)
Poznań, Aleje Marcinkowskiego 11.
Fernsprecher Nr. 3010, 3020, 3026,
3028, 3048, 1791.

Schaffelle, Kleintier- u. Wild-
felle zu Pelzen geeignet
gerbt erstklassig
Fa. Pröbstel i Ska., Gniezno.

Spielplan des Großen Theaters.
Donnerstag, den 20. 9.: „Böhème“, Oper von Puccini.
Freitag, den 21. 9.: „Die toten Augen“, Oper
von d'Albert.
Sonntag, den 23. 9.: „Ballett-Abend“ (Premiere).
Sonntag, den 23. 9.: „Die toten Augen“, Oper
von d'Albert.

Unsere Leser
und Freunde
bitten wir, bei Einkäufen
sich auf das
Posener Tageblatt
zu berufen.

Öle u. Fette
in erstklassiger Qualität liefern
Sander & Brathuhn
Poznań — ul. Sienkiewicza 23, Telef. 4019

Bilanzföherer
Buchhalter
von deutscher Aktiengesellschaft sofort gesucht.
Offerten unter 9160 an die Geschäftsstelle des Blattes.

Gute Massense
für einen Monat aufs Land gesucht.
Büchereien unter 9. P. 9109 a. d. Geschäftsst. d. Blattes.

Ein alt. Fräulein
das schneidert u. der
Hausfrau in leichten
Arbeiten zur Hand
geht, zu 4 Schulkindern im Alter v. 5—16 Jahren v. sofort
gekauft. Gute Empfehlungen Bedingung. Gehaltsanprüche
Bezugsabschriften u. Bild sind zu senden an
Frau Jofia Wronka, Erwom Żulinskiego 10.

Für den ganzen Tag wird
zur Aufwartung und zur
Pflege eines 5 j. Knaben eine
deutsche Frau
gekauft. Meldungen am Son-
ntag von 9—3 Uhr bei Sto-
kasa, ulica Strzelecka 13
(Zwölferstr.) im Torwege.

Stellengeuche
Suche Stellung v. 1. 11. 23 als
Lohnbuchhalter.
Gute Zeugn. vorh. Ang. u.
S. 3. 9173 a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Oberinspektor,
erf. Landwirt, verh. m. 23 j.
Braxis, sucht z. 1. 10. od. sp.
Stell. Off. u. A. 9168 a. d.
Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Zahnärztin,
in Kautschuk- u. Metall-
technik gutes leiten, ope-
rativ gut bemannt, sucht per
bald od. später Stellung. Gefl.
Off. u. D. 9093 a. d. Ge-
schäftsst. d. Bl. erbeten.

Suche f. m. 18 j. Töcht.
aus bess. Hause, ev. Töchter-
schulbildg., z. Erlern. d. Haus-
halts u. gesell. Umgangs-
familiärentw. p. 1. 10. 23
od. spät, ohne gegen. Verg.
Stell. Gefl. Off. u. T. 9163
a. d. Geschäftsst. d. Bl. erb.
Mädchen, Mitte 20, sucht
Stellung als **Stübe** oder
Wirtschafterin, am liebsten
in Landwirtschaft oder in Pl.
Stadt. Gefl. Ang. u. E. 9177
a. d. Geschäftsst. d. Bl. erb.

Tüchtiger Gärtner,
44 Jahre alt, evang., verh., der polnischen Sprache mächtig,
tüchtig in Part., Blumen-, Obst- u. Gemüsebau sucht bald
oder später Stellung in Posen. Gute Zeugnisse u. Em-
pfehlungen. Off. mit Gehalt u. Deputatengabe erbeten an
Hugo Hänsch, Gutsyärtner, Gräbendorf i. M. Kreis
Tolln.

Wieviele Millionen polnische Mark sind im Verkehr?

Der am 10. d. Mts. veröffentlichte Rechnungsstand der P. R. R. P. in der letzten Dekade bringt sehr viele Ueberraschungen, die bis zu einem gewissen Grade die Schwankungen der polnischen Mark begründen. Der Vorrat an ausländischen Valuten beträgt 2250 110 Goldmark. Das ist seit langer Zeit eine große Steigerung der Vorräte im Vergleich zum 20. August, an dem der Vorrat 2242 797 Goldmark betrug. Diese Summe ist jedoch weit entfernt von dem früheren Stand, der sich selten unter 5 Mill. Goldmark hielt.

Gleichzeitig zeigt der Stand der ausländischen Rechnungen eine erhebliche Abnahme. Am 31. August betrug die P. R. R. P. auf diese Rechnungen 24327 180 Goldmark und am 20. August 25376 646 Goldmark. Die Abnahme beträgt 2049 466 Goldmark oder von der Kasse umgerechnet 9,1 Milliarden Mark. In Wirklichkeit ist sie jedoch erheblich größer und beträgt mindestens 100 Milliarden Mark.

Der Wechselbestand betrug Ende August 1372 Milliarden, d. h. um 277 Milliarden mehr wie am 20. August. Der Stand der anderen von der P. R. R. P. erteilten Kredite 637 Milliarden Mark, d. h. um 180 Milliarden mehr wie bei der letzten Abrechnung.

Zum allgemeinen beträgt also die Verschuldung der P. R. R. P. rund zwei Billionen Mark oder 30 Prozent der Umlaufsumme. Das Anwachsen dieser Kredite beträgt im Verhältnis zum Anwachsen in der zweiten Dekade 100 Prozent. Sonderbarerweise liegt der Grundkredit in Bezug auf die Umlaufsumme um einige Prozent.

Die Verschuldung des Staatskassas in der P. R. R. P. betrug ultimo August 6,5 Billionen Mark. In den letzten 10 Tagen des Monats wuchs die Summe um 1,2 Billionen Mark an. Im Vergleich zu der vorhergehenden Dekade, in der das Anwachsen der Schulden 677 Milliarden Mark betrug, macht der Unterschied 100 Prozent aus. Das Tempo, in dem der Staatskassas aus den massenhaft zu seinem Bedarf produzierten Wertpapieren, betrug 120 Milliarden täglich. In der zweiten Dekade 67 Milliarden und in der ersten 40 Milliarden. Der ungeheure Sprung mußte auf den so ziemlich stabilisierten Kurs von Einfluss sein. Der Schuldenzuwachs allein betrug in dieser fatalen Dekade 20 Prozent des Umlages vom 20. August, mit anderen Worten, die Regierung hat innerhalb von 10 Tagen zur Deckung der Defizite den fünften Teil dessen behoben, was bisher im Laufe von beinahe fünf Jahren alle übrigen Regierungen behoben haben.

Infolge dieser großen Anforderung an den Emissionskassas, stieg in demselben Verhältnis der Banknoten umlauf. Am letzten August betrug dieser 6871 776 522 382 Mark, um 1481 Milliarden mehr wie im 20. August. Folglich wurden täglich durchschnittlich 148 Milliarden in Umlauf gesetzt, in der zweiten Dekade 50 Milliarden und in der ersten 40 Milliarden.

Auf der Girorechnung figuriert die Summe von 1727 Milliarden. Das Anwachsen beträgt in der zweiten Dekade 270 Milliarden.

Das immer größere Tempo, in dem die Verschuldung des Staates zunimmt, läßt die Annahme zu, daß wir bis zum Schluss dieses Jahres zu der Umlaufsumme von mindestens 30 Billionen gelangen werden und das noch bei einer sehr optimistischen Rechnung.

Baltenstaaten.

Eine neue Konferenz der baltischen Staaten.

Im Oktober findet in Riga eine Konferenz der baltischen Staaten statt, an der auch Polen teilnehmen wird. Bei der Konferenz werden Zollfragen besprochen und auch Vereinbarungen bezüglich des Zollgrenzdienstes getroffen werden.

Der Rigaer Kirchenstreit.

In einem Telegramm an den lettischen Staatspräsidenten bitten die evangelischen Kirchenoberhäupter von acht europäischen Staaten, im Namen der religiösen Freiheit, des religiösen Friedens und der Gerechtigkeit um Rückgabe der lutherischen Jakobikirche und der orthodoxen Alexeikirche an ihre Gemeinden. Die Entgegnung dieser Kirchen wird darin bezeichnet als „ein in unserer Epoche unerhörter Akt, der dem Geist unserer Zeit widerspricht, die Freiheit der Religion aufhebt, die moralische Sicherheit und das wechselseitige Vertrauen zwischen der Zivilverwaltung und der christlichen Kirche schädigt. Solch ein Vorfall muß alle Anhänger des Christentums betrüben.“ Das Schriftstück ist unterzeichnet von den Erzbischöfen von Schweden und Finnland, den Bischöfen von Norwegen, Dänemark, Estland, der Tschechoslowakei, Ungarn, dem Generalsuperintendenten der luth. Kirche in Polen, Julius Burche-Warschau. Eine gleichlautende Kundgebung von den Präsidenten von vier großen protestantischen Kirchen Nordamerikas, Anglikana-Synode, Ohio-Synode, Norwegische Synode und Vereinigte lutherische Kirche in Amerika, eingetroffen. Der Erzbischof von Canterbury (England) hat in einem persönlichen Schreiben den evangelischen Gemeinden Lettlands sein Mitgefühl ausgesprochen.

Aus Stadt und Land.

Posen, 20. September.

Stadtverordnetenversammlung.

Die gestrige Stadtverordnetenversammlung leitete eine Anfrage des Stadtd. Habel ein, die den bisherigen befristeten Pächter der Theaterwirtschaft betraf.

Der Interpellant beklagte sich darüber, daß der Magistrat bei der Neuverpachtung das freilich günstigere Angebot des Herrn Herbst, der schon aus dem „Bazar“ und dem „Apollo“-Unternehmen Gewinne schlug und sich nun auch noch um die Pacht der Gastwirtschaft des Großen Theaters bewerben zu müssen glaubte, dem Angebot des Herrn Majchrzycki, des bisherigen Pächters, vorgezogen habe. Hier sei hinter den Kulissen gearbeitet worden. Ferner verlangt eine Nachprüfung und Verlängerung des Pachtvertrages um ein weiteres Jahr.

Die Anfrage verursachte eine Aussprache, an der sich die Stadtverordneten Budzyski, Plucinski, Roskowiak und Bapst beteiligten.

Stadtd. Budzyski erklärte, daß in der Angelegenheit der Neuverpachtung nicht alles in Ordnung gewesen sei, und hält dem Magistrat Betreibung einer monopolistischen Politik vor.

Der Stadtd. Plucinski verglich die Haltung des Magistrats mit den Forderungen der Hausbesitzer, die unter Hinweis auf den Magistrat auch mehr verlangen könnten.

Als der Stadtd. Bapst für den Magistrat eintrat, mußte er sich vom Stadtd. Habel von der Rechten vorhalten lassen, daß ja sein Standpunkt von dem Grundgedanke der Bekämpfung des Kapitals abweiche.

Die zweite Interpellation

betraf die schon seit Monaten eingebrachte Unpünktlichkeit der Stadtverordneten. Der Interpellant, der den Stadtd. Habel diese Untugend vorhielt, war der Stadtd. Kierski. Auf seinen Antrag hin wurde einstimmig beschlossen, die Sitzungen in Berücksichtigung der Unpünktlichkeit verschiedener Stadtverordneten schon um 6½ Uhr zu eröffnen. Es steht zu hoffen, daß nunmehr die Pünktlichkeit im Stadtparlament ihren Einzug halten wird. Das akademische Viertel wurde auf 5 Minuten reduziert.

Eine dritte Interpellation.

die der Stadtd. Habel einbrachte, betraf die Sondererhöhung der Standgebühren auswärtiger Schlichter. Während der Interpellant für eine Sondererhöhung eintritt und sie zu begründen versucht, treten ihm Stadtd. Koralewski und Stadtd. Nowicki entgegen. Durch eine besondere Erhöhung würde nach Stadtd. Nowicki der Auftrieb leiden. Für eine Sonderbesteuerung trat außer dem Interpellanten niemand ein, und man ging nunmehr zur Tagesordnung über.

Es wurde u. a. ein Beschluß gefaßt über die 200prozentige Erhöhung der Gebühren für außerordentliche Arbeiten der Feuerwehr. Die Individualnormen für die Erhebung der Kanalgebühren wurden festgelegt, die Schlachthofgebühren erhöhen eine 50prozentige Erhöhung. 30 Prozent Zulage wurden den städtischen Beamten bewilligt und den Emeriten gleiche Feuerungszulagen wie den Beamten zugeteilt. Die Bewilligung von 40 Millionen als weiterer Kredit für die Beendigung der Bauarbeiten an der 5. Bürgerstraße in Wilba erfolgte unter der Bedingung, daß der Magistrat einen Teil der Summe für den Einkauf von Materialien verwenden, den Rest aber erst nach Beilegung gewisser baulicher Mängel investieren kann. Bezüglich der baulichen Mängel kam es zu einer Auseinandersetzung zwischen dem Stadtd. Budzyski und dem Stadtd. Kierski. Der öffentlichen Sitzung folgte eine geheime Sitzung, in der Grundstücksangelegenheiten besprochen wurden.

Die geplagten Schrebergärtner.

Das ganze Frühjahr und den Sommer hindurch haben sich unsere Schrebergärtner in Schweiß ihres Angesichts gequält, haben gegraben und gegossen, gehackt und gehackt, und jetzt, wo mit dem Zurückgehen des Sommers die Zeit der Obst- und Kohl-ernte, des Einsammelns der Tomaten usw. beginnen soll, da sind die Spitzbuben, die nichts gefaßt haben und doch ernten wollen, wieder bei der Arbeit. Der hohe Bretterzaun, der beispielsweise die Schrebergärten an der ul. Kozimierzka Jachowskiego (fr. Ziethestraße) vor dem Sportplatz neben der dortigen Schule trennt, bildet für die Diebe kein Hindernis. Von dem Zaun werden einfach mehrere Bretter losgerissen, und dann fallen die Spitzbuben durch die so entstandenen Löcher über das fremde Eigentum her und stehlen davon, so viel sie nur wegnehmen können. Das übrige wird zerstört und vernichtet, und so erleidet der Schrebergärtner, abgesehen von dem großen Verdruß über dieses Räuberpack, großen materiellen Schaden. Will er sich davor auch nur einigermaßen schützen, so muß er jetzt seine noch unreifen Birnen und Äpfel, Aprikosen und Pflaumen, seine Tomaten usw. pflücken und mit nach Hause nehmen. Die Diebe, die leider auch unter der Schuttlung zu suchen sind, üben ihre Spitzbubentätigkeit nicht etwa unter dem Schutze der Dunkelheit mit Anbruch des Abends aus; im Gegenteil, sie bringen am hellen Tage in die Gärten ein und rauben und plündern nach Herzenslust, natürlich zu der Zeit, wo der Schrebergärtner in seinem Garten nicht anwesend sein kann, da er meist noch eine kleine Nebenbeschäftigung in Gestalt seines bürgerlichen Berufes hat. Hier wäre es Aufgabe der Schule, wenigstens die Kinder vor derartigen Diebereien auf das nachdrücklichste zu warnen.

Zu den Dieben gesellen sich neuerdings als zweite Plage die Raupen, die seit einigen Tagen in ungezählten Scharen über den Kohl herfallen und die Blätter abfressen, so daß das Wachstum des Kohls aufhört, da ihm mit den Blättern seine Atmungsorgane zerstört werden. Die ganz ungewöhnlich heftige Raupenplage, von der man ja auch auf den Linden- und anderen Bäumen umgebenen Bürgersteigen deutliche Spuren vorfindet, hat ihre Ursache offenbar in der plötzlich eingetretenen warmen Witterung. Das einzige sichere Schutzmittel, gegen die widerlichen Nager besteht darin, daß man sie fleißig von den Blättern abliest und zertritt. So kann der Kohl heranziehen — zur Freude der Herren Garten-spitzbuben, denen er dann als Beute zufällt.

X Die Feuerungszulage für die Zeit vom 1. bis 15. d. Mts. ist von der Statistischen Kommission der Posener Wojewodschaft auf 17,52 v. H. festgesetzt worden.

Neues Fernsprechteilnehmer-Verzeichnis. Die Ober-Postdirektion beabsichtigt, in nächster Zeit ein neues Verzeichnis für Fernsprechteilnehmer herauszugeben. Diejenigen Teilnehmer, die eine Änderung in dem Verzeichnis wünschen, werden aufgefordert, sofort eine schriftliche Erklärung dem hiesigen Urząd pocztowy vorzulegen, in der die genaue Bezeichnung der Firma bzw. Name des Teilnehmers, sowie an wieviel Stellen die Eintragung erfolgen soll, angegeben werden muß.

Deutsche Bücherei. Vom 1. Oktober d. Js. an werden in der Deutschen Bücherei die Bücher des Vereins junger Kaufleute zur Ausleihe gelangen. Das Halbjahr wird von diesem Tage an auf 100 000 M. erhöht, die Leihgebühr beträgt 5000 und 2500 M. monatlich und ist vierteljährlich zahlbar. Die Verleumdungsgebühr beträgt für den Tag und Band 100 M. und die Kosten der Mahnung. — Der Zeitschriftenlesezeitel kostet ab 1. Oktober 100 000 M. unter Vorbehalt einer Nachzahlung. Abbestellungen müssen bis spätestens Freitag, den 21. d. Mts., an die Deutsche Bücherei erfolgen. Die Mahngebühr bei nicht rechtzeitiger Abgabe der Mappe beträgt 2000 M. täglich und bei Fehlen eines Heftes 500 M. täglich. Die Abholungsgebühr ist für den Monat Oktober auf 10 000 M. festgesetzt.

Das Erntekranzschneiden in der Posener Schlingengilde hat am Sonntag begonnen und endet am kommenden Sonnabend. Den besten Schutz hat bisher der Kaufmann Maciejewski. Im Schaufenster der Firma Luczak u. Co. sind die Prämien für die besten Schlingen ausgestellt. Die Prämien sind sehr wertvoll. Mit 150 Millionen dürfte der Wert der Prämien noch zu niedrig eingeschätzt sein. — Neben den Prämien kann man auch noch andere Sachen bewundern. Besonders interessant ist ein Anzug aus gewöhnlichem Gebeiz. Der daran befestigte Preis lautete: 3 800 000 M. In Friedenszeiten kaufe man derartige Anzüge zur Arbeit zum Preise von 45—50 M. Ein Arbeiter, der die Anzüge befestigte, sagte: „Wenn ich mir einen solchen Anzug kaufen wollte, müßte ich ein halbes Jahr Geld dafür zurücklegen. Und wo bliebe meine Familie?“

Neue Banknoten zu 100 000 und zu 200 000 Mark. Das Finanzministerium beabsichtigt in der nächsten Zeit mit dem Druck neuer Banknoten zu 100 000 und zu 200 000 M. zu beginnen.

Preisermäßigung für postalische Formulare. Am 1. Oktober tritt eine Verringerung der Postordrücke ein. U. a. werden einfache Inlands- und Auslandspostkarten 200 M., Postkarten mit Rückantwort 400 M., gewöhnliche, telegraphische und internationale Postanweisungen, Begleitadressen mit und ohne Nachnahme, Auslandsadressen, Postkalkulationen 500 M. das Stück kosten.

Spirituosen sind bekanntlich nicht billig; sie sollen sogar noch teurer werden, weil eine Erhöhung „des Vollmullifikators“ — wie verlautet — in Aussicht genommen ist. Ein Schnaps ist heute eine Spezialität, die sich nur reiche Leute leisten können; ihm fehlt aber die Eigenart, an blau abzugeben. Trotz dieser bösen Eigenart steht man namentlich des Morgens recht, recht viel blau „abgefärbt“. Wie kommt das?

Der Zucker ist wieder einmal teurer geworden. Von heute, Donnerstag ab, kostet der Zucker in den Verkaufsstellen der Zuckerbank 17 500 M. das Pfund.

Großes Theater. Die ersten Wiederholungen von „Alberts tote Augen“ finden am Freitag und am Sonntag

statt. Heute, Donnerstag: Puccinis „Bohème“. Sonnabend: Ballettremiere (Montizos „Märchen“ und Karlowicz „Tausche Klabodje“).

„Kaufmännischer“ Reiz in Posen. Im Schaufenster einer Butterhandlung stehen einige kleine Flaschen mit Milch, und ein darauf befestigtes Plakat empfiehlt „Kaufmännischen“ Reiz zu 8000 M. (für welche Menge ist nicht gesagt). „In Flaschen zu 4000 M.“ Die Flaschen haben einen Inhalt von rd. ¼ Liter. Hersteller ist die bisherige Genossenschaftsmolkerei in Bat, die in diesem Jahre in eine Aktiengesellschaft sich verwandelt hat. Mit diesem Augenblick hat sie alles Deutsche der bisherigen Genossenschaft ausgemerzt; aber deutsche Milchlieferanten und -abnehmer werden auch weiterhin gebildet.

X Selbstmord durch Erschießen verübte gestern die Variété-Sängerin Helena Siemienowna, die bisher in der Moulin Rouge in der ul. Kantaka (fr. Wisniarska) aufgetreten war, gelegentlich eines Besuchs bei einer ul. Bóznica 16 wohnenden Bekannten. Sie war 1902 in Kiew geboren und seit einiger Zeit Witwe. Die Ursache des Selbstmordes ist unbekannt.

X Große Diebstähle. Auf dem Neuen Markte wurde während des gestrigen Wochenmarktes von einem ländlichen Fuhrwerk ein Korb im Werte von 3 Millionen M. gestohlen. Aus einer Wohnung in der ul. Jasna 8 (fr. Bubelstraße) stahlen Einbrecher zwei braune Mäntel und einen lilafarbenen Mantel, 1 schwarzes Boilekleid, 1 braunes Boilekleid, 7 Blusen im Gesamtwerte von 12 Mill. M.

X Polizeilich festgenommen wurden gestern 16 Dirnen, 5 Betrunkene, 2 Bettler und ein Odochloer.

*** Briesen, 19. September.** In der letzten Stadtverordnetenversammlung am Sonnabend wurde mit Stimmenmehrheit die sofortige Einführung des am 26. Juli d. Js. gewählten Bürgermeister Anton Matkowski beschlossen. Anton Matkowski übernahm sein Amt und nahm auf dem Bürgermeisterstuhl seinen Platz ein.

*** Dirschau, 17. September.** Hier entdeckte man, der „Danziger Zeitung“ zufolge, auf der Güterstation die Spuren einer Bande von Fälschern von Ausfuhrfrachtscheinen, die großartig organisiert, Lebensmittel aus Polen ins Ausland, hauptsächlich Eier nach England, schmuggelte. In Dirschau wurden acht Waggons Eier, die über Danzig nach England gehen sollten, beschlagnahmt. Der Wert dieser Eier beträgt 6 Milliarden Mark polnisch. Dieser Skandal zieht weitere Kreise, da dabei hohe Persönlichkeiten aus der Handelswelt und eine große Anzahl von Eisenbahnern kompromittiert sind.

*** Konitz, 18. September.** Am Sonntag nachmittags fand in der hiesigen evangelischen Dreitaligkeitskirche ein Festgottesdienst des Gustav-Adolf-Vereins der Gemeinde Konitz und Zempelburg statt. Aus diesem Anlaß war die Kirche festlich geschmückt, und es hatten sich zahlreiche Gläubige eingefunden. Die Festrede hielt Pfarrer Hermann aus Sogno.

*** Rast, 18. September.** Heute nacht wurde unsere Stadt von einem außerordentlich heftigen Sturm und Unwetter heimgesucht, wie es die ältesten Bewohner bisher noch nicht erlebt haben. Des abends zogen sich schwere Wolken zusammen. Bald entluden sie sich und es folgte Blitz auf Blitz. Das Unwetter, verbunden mit einem orkanartigen Sturm, dauerte zwei Stunden. Überall sah man Feuer, und es brannten verschiedene Getreidespeicher nieder. Dächer, Säune, Bäume, alles wurde durch den großen Sturm niedergebissen. Die Straßen waren voll Wasser und die Abfluskanäle konnten die herniederströmenden Regenmengen nicht fassen. Die ganze Stadt war während des Unwetters auf den Beinen. Der entstandene Schaden geht in die Milliarden.

*** Pusig, 19. September.** Am Dienstag und Mittwoch tagten hier die Gastwirtsverbände Posens und Pommerehns. Es waren gegen 50 Delegierte mit ihren Damen vertreten. In der offiziellen Tagung, der eine Messe voranging, schloß sich ein Festessen im Kurhause, an dem etwa 70 Herren teilnahmen. Zu Ehren der Gäste fand abends im Kurhause ein Gesellschaftsabend statt.

*** Rogasen, 19. September.** Am Sonntag, 30. d. Mts., soll in der hiesigen evangelischen Kirche aus Anlaß des Erntedankfestes eine Kirchenmusikveranstaltung entsprechenden Charakters stattfinden: Der hiesige evangelische Kirchenchor, eine vorzügliche Orgelspielerin und bewährte musikalische Kräfte aus Posen haben sich in den Dienst der Sache gestellt. Die musikalische Feier beginnt am Nachmittag um 4¼ Uhr.

Schwes, 19. September. Die „Schwemer Zeitung“ stellt, wie sie selbst bekannt gibt, mit Ablauf dieses Monats ihr Erscheinen ein. Sie ist ein Opfer der Zeitverhältnisse geworden. Mit der „Schwemer Zeitung“ geht eine der ältesten deutschen Provinzzeitungen schief. Sie erschien früher täglich, seit längerer Zeit jedoch nur dreimal wöchentlich, zuletzt sogar nur noch im Umfange eines halben Bogens. Trotz dieser starken Einschränkung konnte der Verlag das Blatt nicht halten.

Aus Kongresspolen und Galizien.

*** Gzenstochau, 19. September.** Hier hat sich ein Mord ereignet, der ganz an ein Kinodrama erinnert. Gerade als das Publikum abends aus einem Kino strömte, stürzte auf einem Balkon gerade über dem Eingang zum Kino ein junger Mann heraus, der verzweifelt rief: „Mertung, ich habe sie getötet! Schlagt mich tot!“ Als man in die Wohnung einbrach, fand man die 22 Jahre alte Tochter des Hauses Natalie Libermann in einer Blutlache vor einem Spiegel mit einem langen Dolch im Rücken. Es stellte sich heraus, daß der junge Mann, Marius Kaluzhanski, sich in das junge Mädchen verliebt hatte, und um heiraten zu können, Kaufmann geworden war. Seine Braut jedoch aber die Hochzeit immer weiter hinaus und hinaus mit anderen Männern. Aus Eifersucht kaufte sich nun Kaluzhanski einen Dolch und ging an dem betreffenden Abend in die Wohnung seiner Braut, die gerade vor dem Spiegel sich neue Güte ausprobierte. Nach kurzem Wortwechsel stach er ihr den Dolch in den Rücken und bestaute auch den Hut, den sie gerade erhoben hatte, dadurch an ihren Körper. Er stellte sich dann selbst der Polizei, die ihn sofort ins Gewahrsam nahm.

*** Krafan, 19. September.** Vor einigen Tagen fanden mehrere Frauen, die von Dambie nach Krafan gingen, am Wege eine Frau in einer großen Blutlache. Die sofort herbeigerufene Polizei stellte fest, daß ein Raubmord verübt worden war. Es handelt sich um eine 30jährige Eleonore Goldhardt, die erst kürzlich aus Galizien eingereist war und einen reichen Brillanten-schmuck besaß. Sie war durch einen Schuß in die Brust getötet worden. Da festgestellt werden konnte, daß sie zu einem gewissen Wojdyla intime Beziehungen unterhalten hatte, wurde dieser unter dem Verdacht des Mordes verhaftet.

Aus Ostdeutschland.

*** Neustettin, 17. September.** Als in einer Scheune im Kreise Neustettin auf dem Gut Neubalm mehrere Hofgängerinnen oben mit dem Ausladen des Getreides beschäftigt waren, während unten gedroschen wurde, entstand infolge Kurzschlusses des Motors Feuer, das in kurzer Zeit die ganze untere Scheune in Flammen setzte. Einer der im Obergeschoß Abgeschnittenen durchstieß das Dach und rettete durch einen Sprung vom Scheundach sein Leben. Nur noch ein Mädchen konnte seinem Beispiel folgen. Es trugen beide durch den Sprung schwere Verletzungen davon. Die übrigen vier Personen wurden ein Opfer der Flammen. Man fand nur noch die Knochenreste. Der Materialschaden geht in die Millionen, da nur ein ganz kleiner Teil des Getreides gerettet werden konnte.

